

BLICKPUNKT PLENUM

23. – 25. Juni 2015

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Finanzausstattung verbessern statt durch neuen KFA verschlechtern

In der Debatte zur Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs hat die SPD-Landtagsfraktion eindringlich an die Regierungsfractionen appelliert, „endlich die Finanzausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen zu verbessern anstatt diese durch den Gesetzentwurf für einen neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) sogar noch zu verschlechtern“. Die Anhörung zum Gesetzentwurf zur Neuordnung des KFA hat die unmissverständliche Kritik der kommunalen Spitzenverbände und aller anwesenden kommunalen Vertretern am Gesetzentwurf deutlich gemacht. Sie brachte vernichtende Kritik und damit die existenzielle Not vieler hessischer Kommunen zum Ausdruck. Die SPD forderte CDU und Grüne auf, endlich fair und verantwortungsbewusst mit den hessischen Kommunen umzugehen.

Zudem forderten die Sozialdemokraten CDU und Grüne auf, die Kommunen nicht weiter zu Abgaben- und Steuererhöhungen zu zwingen und Leistungen einzuschränken. Kritisiert am Gesetzentwurf wird auch, dass der kommunale Bedarf willkürlich herunter gerechnet wurde und die Kommunen von einer positiven Steuerentwicklung des Landes abgekoppelt werden. Damit werde den hessischen Kommunen die Perspektive genommen.

Als politische Irrfahrt bezeichnete es die SPD-Landtagsfraktion, dass künftig Bundesmittel, die zur Entlastung der Kommunen bereit gestellt werden, gleich wieder bei den Landeszuwendungen an die Kommunen abgezogen werden sollen. Massive Korrekturen am Gesetzentwurf sind unerlässlich.

Flüchtlingspolitik: Land muss Bundesmittel an Kommunen weiterleiten

Die SPD-Landtagsfraktion hat das Land an seine Verantwortung gegenüber den Kommunen in Sachen Flüchtlingspolitik erinnert. Es ist zu begrüßen, dass sich der Bund nunmehr dauerhaft an der Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung beteiligen wird und für dieses Jahr einen Zuschuss von insgesamt einer Milliarde Euro zugesagt hat. Das bedeutet für Hessen einen Betrag von etwa 74 Millionen Euro. Dieses Geld muss an die Kommunen weitergeleitet werden. Leider ist der Sozialminister hierzu in der vergangenen Plenardebatte wiederum jede Antwort schuldig geblieben.

Der Minister hat erneut erklärt, dass er in Verhandlungen mit den Kommunen über auskömmliche Pauschalen redet. Damit gesteht Herr Grüttner indirekt ein, dass die derzeit gültigen Pauschalen nicht ausreichend sind, was landauf, landab die kommunalen Vertreter gleich welcher parteipolitischen Zugehörigkeit auch erklären. Hier muss das Land endlich seiner Verantwortung nachkommen und die Pauschale anheben, so dass die Kommunen nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Darüber hinaus ist das Land nicht bereit, diese zusätzlichen Kosten als „sogenannte Prognosestörung im Rahmen der Schutzschirmregelung“ anzuerkennen, was die Lage für hoch defizitäre Kommunen zusätzlich erschwert.

Die SPD erneuerte die Forderung, verbindliche Standards für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen festzulegen. Nur wer festlegt, welche Leistungen erbracht werden müssen, kann anschließend die angemessenen Kosten dafür vernünftig definieren. Auch die Kanzlerin hat einheitliche Standards in der Flüchtlingsfrage für die Bundesländer gefordert.

Die SPD begrüßt, dass es einen breiten Konsens darüber gebe, dass Deutschland eine humanitäre Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen hat und dass man sich dieser Verantwortung auch in Hessen stellt. Erfreulich ist, dass das ehrenamtliche Engagement vor Ort

nach wie vor groß ist. Zu begrüßen ist es, dass von Bundesseite zugesagt wurde, die Bearbeitung von Asylanträgen durch Aufstockung des Personals beim zuständigen Bundesamt zu beschleunigen. Dieser Aufstockung muss eine Anpassung des Personals bei den Verwaltungsgerichten folgen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge brauchen intensive Förderung zum Spracherwerb, zur Ausbildung und zur sozialen Integration, da der weitaus größte Teil in Deutschland bleiben wird.

Nachwuchsprobleme bei Polizei: Land muss schnell handeln!

Kritik an der Landesregierung übte die SPD-Landtagsfraktion im Hinblick auf die akuten Nachwuchsprobleme bei der Polizei. Die Landesregierung hat diese Problematik seit Jahren ignoriert und es versäumt, dem sich seit langem immer weiter zuspitzenden Personalmangel wirksam entgegen zu treten. Dass allein zum 1. August dieses Jahres mangels Personal nur noch 21 von 31 frei werdenden Stellen in Nordhessen besetzt werden können, ist ein nicht mehr hinzunehmender Zustand. Die SPD unterstützt die berechtigte Kritik der GdP mit Nachdruck. Sowohl die Gewerkschaft als auch die SPD-Fraktion haben die Landesregierung seit Jahren permanent auf die Nachwuchssorgen und vor allem auf die in Nordhessen bestehende überalterte Personalstruktur hingewiesen. Was wir jetzt erleben, ist die Folge fahrlässiger Untätigkeit. Sie geht am Ende zu Lasten der öffentlichen Sicherheit und zu Lasten der Beamtinnen und Beamten, die den Personalmangel durch stetig steigende Mehrbelastung auffangen müssen. Dass die vorgesehene Anzahl von 392 neuen Polizeianwärtern durch geeignete Bewerber voraussichtlich nicht erreicht werden kann, spricht für sich. Wer durch Nullrunden in der Beamtenbesoldung und Eingriffe in die Beihilfeleistung den öffentlichen Dienst, gerade auch den Polizeidienst immer unattraktiver macht, muss sich über mangelnde Bewerberinteresse nicht wundern. Hessen rangiert bei der Besoldung der fertig ausgebildeten Beamten im Ländervergleich ohnehin schon auf dem letzten Platz. Die Landesregierung muss die Ausbildung und den Beruf schnellstens wieder attraktiver und konkurrenzfähiger gestalten, damit die Zahl unbesetzter Stellen in den kommenden Jahren nicht weiter nach oben schnell.

Höhere Investitionen in Radwege erforderlich

Der Antrag der schwarz-grünen Landesregierung zum Ausbau des Radwegenetzes in Hessen zeigt nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion erneut, dass die Landesregierung und insbesondere der Verkehrsminister Tarek Al-Wazir den Herausforderungen einer modernen Radverkehrspolitik nicht gerecht wird. Der Zustand des Fahrradlandes Hessen ist nach 16 Jahren CDU-geführter Landesregierungen denkbar schlecht. Mit nur elf Prozent Radwegen an Landesstraßen ist Hessen bundesweit Schlusslicht und bis 2022 werden nach dieser sogenannten „Ausbauoffensive“ mal gerade 13 Prozent erreicht werden. Dass es auch anders geht, zeigen beispielsweise Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit mehr als 50 Prozent Radwegen an Landesstraßen.

Gleichzeitig steht die Verkehrspolitik in Hessen vor großen Herausforderungen, da sich der Bedarf der Nutzer drastisch ändert. Elektromobilität spielt beim Radverkehr eine immer größere Rolle. Diese beiden Faktoren, der miserable Zustand des Radverkehrslandes Hessen in Kombination mit dem rasanten Wandel in der Nutzung und Verbindung von Verkehrsträgern, würden ein entschiedeneres Handeln verlangen.

Der Etat für die Landesinfrastruktur in Hessen reicht nicht aus, um den Anforderungen gerecht zu werden. 4 Mio. Euro Landesmittel für den Ausbau in Hessen sind viel zu wenig! Wir brauchen eine deutliche Erhöhung der Mittel und nicht nur Sonntagsreden. Neben der entsprechenden finanziellen Mittel muss auch das Personal bereitgestellt werden, um den unterschiedlichen Anforderungen zum Ausbau des Radwegenetzes gerecht zu werden. Stellenkürzungen bei HessenMobil in der Vergangenheit haben hier geschadet. In Nordhessen werden beispielsweise trotz der so genannten Sanierungsoffensive von 2016 bis 2022 in den Landkreisen Werra-Meißner, Schwalm-Eder und Waldeck-Frankenberg überhaupt keine Radwegemaßnahmen erfolgen.